Ulrich Schilf, Rolf Schulte, Jürgen Weber, Uta Wilke

Der Wiederaufbau der SPD nach dem Krieg

Der Krieg ist beendet Hunger, Not und Elend[1]

5. Mai 1945, 8.00 Uhr morgens: In Schleswig-Holstein ist der Krieg beendet. Die geschäftsführende Regierung des nationalsozialistischen Deutschlands – ihr Sitz ist Flensburg – kapituliert, wenn auch vorläufig nur im nördlichen Teil des Reichs und einigen anderen Ländern.

Wenig später übernahm eine britische Militärregierung in Kiel die Kontrolle des Landes. Der Krieg hatte es grundlegend verändert. Schon vorher war Schleswig-Holstein das „Armenhaus" des Deutschen Reiches, doch nun hatte es zusätzlich schwere Lasten zu tragen. Durch den Zustrom von Flüchtlingen aus den Ostgebieten stieg die Einwohnerzahl von rund 1,5 Millionen Menschen im Jahr 1939 auf 2,7 Millionen im Jahr 1946. Hinzu kamen die unter dem Nationalsozialismus verschleppten Zwangsarbeiter aus anderen Ländern und die Massen von deutschen Soldaten in den von den Briten eingerichteten riesigen Gefangenenlagern in Eiderstedt und Ostholstein. Millionen von Menschen mußten in einem vom Krieg ausgezehrten Land Unterkunft finden und ernährt werden.

Gerade ankommender Flüchtlingstreck in Itzehoe, Frühjahr 1945 (Foto: Stadtarchiv Itzehoe)

Die Not war groß: In Kiel zum Beispiel waren 70 Prozent des Wohnraums vernichtet worden. Zudem hatte die Besatzungsmacht Wohnungen für ihre Leute beschlagnahmt. Vor allem die Flüchtlinge mußten zusammengepfercht in Ruinen, Scheunen, Ställen und sonstigen Notunterkünften hausen. Auch jede private Wohnung wurde zur Unterbringung der Flüchtlinge benutzt und mehrfach belegt. Kein Wunder also, daß es schnell zu Reibungen zwischen der alteingesessenen Bevölkerung und den Zugezogenen kam, insbesondere in Kleinstädten und Dörfern.

Es fehlte einfach an allem in diesem vom Krieg gekennzeichneten Land: Anfang 1946 erhielt jeder Einwohner Lebensmittel im Wert von nur 1000 Kalorien (dies entspricht etwa zehn Scheiben trockenen Brotes). Auch Heizmaterial war knapp. Eine Zeitgenossin, die damals viele Flüchtlingslager besuchte, erinnert sich:

„Die leere Konservendose gewann an Bedeutung als Kochge-

[1] Für die gesamte wirtschaftliche Situation, vgl.: K. Jürgensen: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–47, in: Geschichte Schleswig-Holsteins, hrsg. v. O. Klose, Neumünster 1969

Innenstadt von Kiel, 1945 (Foto: Stadtarchiv Kiel)

Zerstörte Straße in Rendsburg, 1945

Unterbringung von Flüchtlingen in einer Scheune

Flüchtlingslager Kiel, 1946 (Foto: F. Koch)

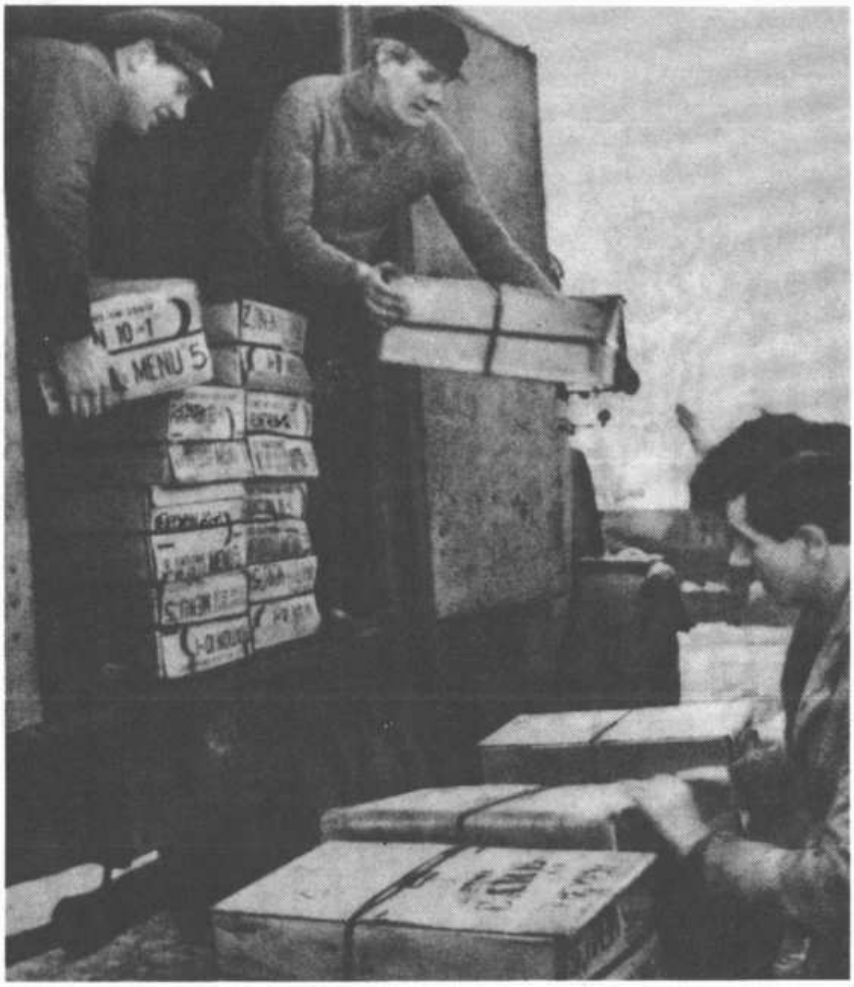
[2] Zit. nach I. Klatt: Streiflichter aus der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt im Kreis Rendsburg-Eckernförde, Rendsburg, o. J., S. 55

[3] Vgl. G. Stüber: „Wir haben durchgehalten, was blieb uns anderes übrig?" – Frauen im der Nachkriegsalltag, in: Wir sind das Bauvolk, Kiel 1945–1950, hrsg. vom Arbeitskreis „Demokratische Geschichte", Kiel 1985, S. 201–225

schirr, Eßnapf, manchmal als Blumenvase mit Feldblumen oder Zweigen. In den Lagern sahen wir in den übereinandergestellten Bettkisten auf einer Schütte Stroh immer wieder die kleinen blassen Kinder der Mütter hocken. Ein schadhafter verrauchter Kanonenofen verbreitete statt Wärme schwarzen Qualm, die Konservendose als Kochnapf auf nassem Holzfeuer ließ mit der Zubereitung der kargen Mahlzeit auf sich warten. Abwarten und Warten waren zum Schlagwort geworden. Tag und Nacht kamen die Menschen aus ihren Kleidern nicht heraus. Desinfektionswagen rollten immer wieder an und bestäubten die Menschen mit weißem Puder. Unsere Gespräche mit müden, hoffnungslosen Menschen in einer ihnen fremden Gegend, losgelöst von Angehörigen und Freunden wurden ängstlich von den Kindern verfolgt. Die Ängste der Mütter hatten sich im Verlaufe der Erlebnisse auf die Kinder übertragen. Doch sie waren bei der Mutter und die Mutter bei ihnen. Das war nach dem Erleben der Flucht das Wichtigste."[2]

Hamsterfahrten und Schwarzmarkt

Vor allem die Hungermonate im Winter 1946/47 waren die Zeit der Frauen: Sie „organisierten" Lebensmittel, wo es nur ging, was häufig den ganzen Tag in Anspruch nahm.[3] Hilfe, durch die eine Katastrophe abgewendet werden konnte, kam aus dem Ausland: Die mennonitische Kirche in den USA schickte Tonnen von Lebensmitteln und Kleidung nach Deutschland. Es folgten Sendungen der amerikanischen Organisationen CARE



Verteilung von Care-Paketen, 1947

TAUSCH

Tausche Brennhexe, fast neu, gegen Herren- oder Damenfahrrad. Angeb. u. 62 K.

Neue Lederjacke oder neue Herrenarmbanduhr zu tauschen gegen guterhaltenes Herrenfahrrad. Angeb. u. 44 K.

Winter- u. Sommermantel 46/48, 1 Anzug, 1 Paar Schuhe 42 gegen Nähmaschine, Radio oder Herren-Uhr od. sonst. Angebote zu vertauschen. Angeb. u. 24 K.

Biete: 1 Kinderwagen, fast neu, 1 Prismen-Fernglas, 1 Damen-Wintermantel, blau, Gr. 42, zum Tausch oder Verkauf. Angeb. u. 64 K.

Biete Gasbadeofen, suche Radioapparat. Prestin, Flensburger Str. 1

STELLEN-GESUCHE

Bäckermstr. (Flüchtl.) sucht Stellung od. Pachtbäckerei. Spezialist in Pumpernickel und Simonsbrot. R. Brandenburg, Wulfshagener Hütten b. Gettorf üb. Kiel.

VERSCHIEDENES

Schuhmachermeister (Flüchtling) sucht dringend Schuhmaschinen zu kaufen bezw. Schuhmacherei zu übernehmen. Angeb. u. 27 K.

Haben Sie Stoffe? Wir fertigen nach Ihren Maßen an: Damen-Kostüme, Damen-Mäntel, Herren - Anzüge, Herren-Mäntel, Sport- und Oberhemden, Schlafanzüge, Nachthemden. **Halsmann & Co.,** Spezialgeschäft für Oberkleidung, Berufskleidung und Wäsche, früher Kiel, Holstenstr. 61, jetzt Lüdemannstraße 73 a, Ecke Calvinstr. Zur Zeit vorrätig: Aparte Zierdeckchen, auch geeignet zum Garnieren von Kinderkleidchen, und Wagnerkappen, Unterlegedeckchen, Arbeitsblusen.

und CRALOG sowie Spenden aus der Schweiz und Skandinavien.[4] Der „Schwarze Markt" mit Tauschgeschäften aller Art blühte. „Hamsterfahrten" auf das Land waren eine weitere wichtige Versorgungsquelle. Ein Zeitgenosse berichtet:

„Die Kartoffeltrecks überschneiden sich ... Sie berichten einander, und manches verschweigen sie voreinander, denn sie sind zugleich Kameraden und Konkurrenten. Muß nicht jeder versuchen, der erste an diesem Tage auf dem Bauernhof zu sein? Ist nicht jeder enttäuscht, wenn er nach fünf oder zehn Kilometern eilendem Fußmarsch sich innerlich einen Ruck gibt, in das Hoftor einbiegt – schon 2, 3 andere sieht, die noch schneller marschiert sind? Muß er nicht befürchten, daß gerade, bevor er drankommt, die Kartoffeln oder die Geduld des Bauern oder der Bäuerin erschöpft sind?"[5]

Die alliierten Truppen kamen nicht als Versorgungs-, sondern als Besatzungsmacht. Daß der *„deutsche Militarismus und Nazismus (...) ausgerottet (werden)"* und *„Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder* (den Weltfrieden) *bedrohen kann"*[6], war Ziel des Potsdamer Abkommens vom August 1945. Die britische Militärverwaltung setzte in Schleswig-Holstein schnell Zeichen für die „Stunde Null". Sie lassen sich in den fünf Ds zusammenfassen: Demokratisierung, Dezentralisierung, Denazifizierung, Demontage und Demilitarisierung.

[4] Vgl. G. Stüber: Der Kampf gegen den Hunger 1945–50. Die Ernährungslage in der britischen Zone, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neumünster 1984

[5] Bericht, zit. in: H. Schlange-Schöningen: Im Schatten des Hungers, Hamburg 1955, S. 69

[6] „Mitteilung über die Berliner Konferenz der Drei Mächte" (Potsdamer Abkommen), 2. August 1945, Teil III

Die drängende Ungewißheit über das Schicksal Angehöriger und von Freunden ließ viele Menschen zu solchen Aktionen greifen: Szene vor dem Kieler Hauptbahnhof, 1951 (Foto: F. Magnussen)

Halbherzige Entnazifizierung

Die britische Militärverwaltung entließ zwar noch 1945 einen großen Teil der Bürgermeister und Landräte aus der Zeit des Nationalsozialismus, begann aber mit einer konsequenten Entnazifizierung erst ab 1947. Doch da war es schon fast zu spät. Der Kalte Krieg war bereits ausgebrochen. Vergessen und Verdrängen bestimmten die Mentalität großer Teile der Bevölkerung. Die Entnazifizierungsausschüsse verurteilten somit auch vor allem ehemalige NSDAP-Mitglieder in unteren Funktionen, während ehemalige SS-Scharführer, NSDAP-Ortsgruppenleiter und andere hohe Funktionäre ungeschoren davonkamen. 1948 bestand zum Beispiel das Landgericht Kiel schon wieder zu 90 Prozent aus ehemaligen Parteigängern der Nazis.[7]

Rückblickend stellte auch der erste, von den Briten ernannte Ministerpräsident, Steltzer, resigniert fest, daß

„gerade das (eintrat), was ich von Anfang an befürchtet hatte. Die Mitläufer wurden strenger behandelt als frühere führende Nazis. Diesen gegenüber wurden bald die Augen zugedrückt, weil man sie ungeachtet ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit für tüchtige Experten hielt.“[8]

Im Februar 1946 berief die Militärbehörde einen aus 60 ausgesuchten Mitgliedern bestehenden *„Provinzialbeirat“* zum ersten Parlament, das jedoch keine Gesetze erlassen, sondern nur beraten durfte. Regierungschef wurde der ehemalige Rendsburger Landrat und NS-Verfolgte Theodor Steltzer (CDU). Er stand einer Großen Koalition aus CDU, SPD und KPD vor. Die ersten freien Wahlen waren die Kommunalwahlen im Oktober 1946. Die SPD erhielt 35,2 Prozent der Stimmen, die CDU 32,1 Prozent, die FDP 7,2 Prozent und die KPD 4,4 Prozent.

Das Kommunalwahlergebnis bestimmte auch die Zusammensetzung des „zweiten ernannten Landtages“.

Steltzer blieb bis zu den Landtagswahlen 1947 Ministerpräsident und bildete eine Große Koalition aus CDU und SPD.

Die ersten freien Landtagswahlen

„Raus aus dem Elend“ hieß der Slogan der Sozialdemokraten für die ersten freien Landtagswahlen. Das war keine Übertreibung: Der kalte Winter 1946/47 hatte Hunger und Krankheit gebracht. Flüchtlings-, Arbeitslosen- und Schülerzahlen erreichten Rekordhöhen. Am 20. April 1947 war Wahltag (ehemalige Mitglieder der NSDAP und anderer nationalsozialistischer Organisationen schloß das Gesetz von der Wahl aus). Eine Kombination von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht begünstigte die großen Parteien: Der relative Stimmenanteil kam nur Parteien zugute, die ein direktes Mandat erzielten. Die SPD ging aus der Wahl mit 43,8 Prozent der Stimmen als eindeutiger Sieger hervor, die CDU bekam 34,1 Prozent, und auf den „Südschleswigschen Wählerverband“ entfielen 9,3 Prozent der Stimmen. Alle anderen Parteien scheiterten. Begünstigt durch das Wahlrecht, erhielt die Sozialdemokratie sogar 34 (61,4 Prozent der) Landtagsmandate.

[7] Siehe H. Otten: Entnazifizierung und politische Säuberung in Kiel, in: Wir sind das Bauvolk, a. a. O. S. 295–317, der viele Fälle dieser Art zitiert.

[8] T. Steltzer: Sechzig Jahre Zeitgenosse, München 1966, S. 190

Die Reorganisation der Schleswig-Holsteinischen SPD nach 1945 – die ersten Schritte

Als am 5. Mai die britische Militärregierung in Schleswig-Holstein die Regierungsgewalt übernahm, Krieg und zwölf Jahre Nazi-Herrschaft beendet waren, traf das die Sozialdemokraten nicht unvorbereitet. Eine kleine Gruppe in Kiel hatte sich bereits seit Januar 1945 getroffen, um über die Zeit nach dem Krieg und die Wiedergründung der Partei zu diskutieren.[9] Schon damals wurden erste Strukturen geschaffen. Die Reorganisation nahmen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Angriff, die schon in der Weimarer Republik zum Funktionärskörper der Partei gehört hatten.

Pro und contra Einheitspartei

Sehr schnell gelangte die Frage nach einem Zusammengehen beziehungsweise einer intensiven Zusammenarbeit der beiden großen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung, der SPD und der KPD, auf die Tagesordnung. Die ideologischen und politischen Gegensätze erschienen auch vielen Sozialdemokraten nicht mehr als unüberbrückbar. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus war ein einigendes Band. Der Wunsch nach einem Ende der Spaltung der Arbeiterbewegung spricht aus vielen zeitgenössischen Stellungnahmen. Der gemeinsam erlebte Terror und die Aufgaben der Gegenwart – die Sicherung der elementaren Lebensgrundlagen der Menschen in diesem Land und die Wiederherstellung einer demokratischen Ordnung – ließen vor Ort vorerst ideologische Probleme in den Hintergrund treten.

Unmittelbar vor und nach der Kapitulation gründeten Sozialdemokraten, Kommunisten und ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre in mehreren Städten Schleswig-Holsteins antifaschistische Ausschüsse. Ihre Aufgaben sahen sie in erster Linie darin, dem Faschismus ein vollständiges Ende zu bereiten. Das sah im einzelnen sehr unterschiedlich aus. In Elmshorn zum Beispiel nahm man aktiv Anteil an der Befreiung durch die englischen Truppen[10], man half bei der Ergreifung bekannter Nationalsozialisten. Neben der Liquidierung des Faschismus stand die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der sozialen Sicherung und die Reorganisation der Verwaltung im Vordergrund der Arbeit. Ein Beispiel dafür ist der *„Sozialausschuß"*, der sich als Zu- und Mitarbeiter amtlicher Stellen bei der Lösung aller anliegenden sozialen Probleme betrachtete. Diese Tätigkeit war überparteilich.[11]

Aus der praktischen Arbeit ließen sich aber weder ideologische Fragen ausklammern, noch konnte man „der Organisationsfrage", also dem Problem einer Einheitspartei, auf Dauer aus dem Wege gehen.

In Kiel trafen sich am 16. Juni 1945 im Gewerkschaftshaus ehemalige Funktionäre der Gewerkschaften, der KPD und der SPD. Sie berieten neue Formen einer einheitlichen Arbeiterbewegung[12]. Auch in Lübeck bildete sich bereits vor der Kapitulation am 8. Mai 1945 eine *„antifaschistische Aktion"*, die aus Gegnern des Nationalsozialismus bestand. Otto Passarge, Karl

[9] A. Witte, Erinnerungen an den Wiederbeginn der Sozialdemokratie, in: Wir sind das Bauvolk, hrsg. vom Arbeitskreis Demokratische Geschichte, Kiel 1985, S. 31

[10] Siehe dazu den Beitrag von Siegfried in diesem Band.

[11] Vgl. A. Glet, Die Wiederbegründung der SPD in Schleswig-Holstein 1945/46, in: ZSHG 105/1980, S. 229–291, s. 249

[12] Ebd. S. 248

Albrecht und Hans Oldorf waren die führenden Sozialdemokraten dieses Ausschusses, der von der Militärregierung stillschweigend geduldet wurde.

In den Debatten um die Wiedergründung der SPD zeichneten sich zwei widerstreitende Flügel ab. Während die einen aufgrund des gemeinsam erlittenen Leides in der NS-Zeit ein Zusammengehen mit den Kommunisten befürworteten, verwiesen die anderen auf die Erfahrungen mit der KPD während der Weimarer Zeit. Die Frage der Einheitspartei sollte sich schließlich durch die Ereignisse in der sowjetischen Besatzungszone und durch die Aktivitäten des Büro Schumacher in Hannover entscheiden.

In Kiel versuchte man zunächst, eine organisatorische Basis für die gemeinsame Aktion aller Aufbauwilligen zu schaffen. Ein im Sommer 1945 beschlossenes Aktionsprogramm begann so:

„Es liegt jetzt in den Händen der bewußten Antifaschisten, aller Fortschrittlichen, der wahrhaften Deutschen, die historische Stunde zu erfassen. Ohne Zweifel ist der Haupttrieb der neuen deutschen Zukunft die Arbeiterklasse, die auf ihren Schultern die antifaschistische Demokratie tragen wird. Im Laufe der sich vollziehenden Veränderung und im Gefolge großer sozialer Umwälzungen, die der 5½jährige Krieg fordert, wird die deutsche Arbeiterschaft zur politischen und organisatorischen Einheit gelangen. Die Verwirklichung dieser Einheit ist ein organischer Prozeß, in dessen Mittelpunkt die Aktionseinheit steht. Soll die organisatorische Einheit von Bestand und Dauerhaftigkeit sein, muß sie im Kampf geboren werden.“[13]

Dieses Aktionsprogramm enthielt 25 Punkte zu den unmittelbaren Bedürfnissen der Bevölkerung. Die Wiederherrichtung der Verkehrsanlagen (Punkt 8), die Fragen des Wohnungsbaus (Punkt 14), die Erziehung der schulpflichtigen Kinder (Punkt 21) sind nur einige Beispiele.

Die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten sollte dazu führen, *„in kürzester Frist die Einheitspartei Wirklichkeit werden zu lassen“*[14]. Allerdings standen nicht alle Kieler Sozialdemokraten der Gründung einer Einheitspartei wohlwollend gegenüber. So schrieb Karl Ratz, Mitbegründer und Vorsitzender des Kreisvereins Kiel am 26. 8. 1945 an Kurt Schumacher:

„Nun hat sich bei uns in Kiel eine Einheitsbewegung aufgemacht, an der sich Freunde der KPD und auch von uns beteiligen. Es wird uns aber wohl doch noch gelingen, unseren Stamm bei uns zu halten. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Sehnsucht und das Verlangen der Arbeiterschaft nach einer Einheitsbewegung geht und wenn geschickte Leute sich an die Spitze stellen, wohl eine Gefahr bedeutet.“[15]

Im August 1945 fanden Sitzungen statt, auf denen intensiv die Frage der Einheitspartei diskutiert wurde. Am 12. August fuhren Theodor Werner und Bruno Diekmann nach Hamburg, wo sie mit Kurt Schumacher und Egon Franke zusammentrafen, die vehement gegen jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten agitierten.

[13] AdsD/S-H 1: Aktionsprogramm
[14] Hervorhebung im Original
[15] AdsD/S-H 1: Brief von Ratz an Schumacher v. 26. 8. 1945

Schumacher machte *„in seiner Vitalität und Klarheit einen starken Eindruck auf die Kieler"*[16].

Nach ihrer Rückkehr nahmen sie die Verhandlungen mit den Kommunisten wieder auf. Das war aber wohl ein rein taktisches Manöver, um die eigenen, einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten aufgeschlossenen Mitglieder zu beruhigen.[17] Es kam für die Sozialdemokraten offenbar überraschend, aber nicht ungelegen, als sich im Dezember 1945 die Kommunisten plötzlich der Bildung einer Einheitspartei widersetzten. So ist der Vorwurf an die Kommunisten auch nicht verwunderlich, für das Scheitern verantwortlich zu sein, indem sie „auf Befehl von oben" eine eigene Partei gegründet hätten.[18] Daß die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten ihre Haltung änderten, ist sicher zu einem Teil auf Kurt Schumacher zurückzuführen, der in seinem Aufruf *„Für ein neues, besseres Deutschland"*[19] eine starke sozialdemokratische Partei forderte. Er lehnte eine Einheitspartei ab, weil er die Kommunisten als das *„autokratisch gehandhabte Instrument eines fremden imperialen Interesses"*[20] ansah.

Die Vorgänge in der Sowjetischen Besatzungszone gewannen im Januar/Februar 1946 schließlich auch in Schleswig-Holstein so große Bedeutung, daß die Idee einer Einheitspartei für die überwältigende Mehrheit der Sozialdemokraten ad acta gelegt war.

Die Gründungs- und Konsolidierungsphase

Am 19. August 1945 traf sich ein erweiterter Kreis von Sozialdemokraten in Kiel, um organisatorische Fragen zu behandeln und einen vorläufigen Bezirksverbandsvorstand zu ernennen. Bereits acht Tage später erschienen die ersten *„Mitteilungen über Organisationsfragen"*[21], die an die mit der Aufbauarbeit beschäftigten Genossen verschickt wurden. Diese Mitteilungen nennen Theodor Werner und Wilhelm Kuklinski als Leiter des Bezirksvorstandes. Die Provinz wurde vorläufig in sechs Bezirke eingeteilt. Der Vorstand wies die Mitglieder an, *„selbstverständlich vorerst nur einwandfreie Genossinnen und Genossen aufzunehmen"*[22]. Der Aufnahme ehemaliger Nazis sollte ein Riegel vorgeschoben werden. *„Einwandfreier"* Genosse war nur der, der sich keine aktive Mitarbeit in NS-Organisationen oder eine andere Form der Unterstützung des Nazi-Regimes hatte zuschulden kommen lassen. Inwieweit das in der Praxis umgesetzt wurde, ist nicht im Detail bekannt. Hier gab es wohl lokale Unterschiede. Auch wurden diese Prinzipien auf Jugendliche, die ja unter der Herrschaft der Nationalsozialisten aufgewachsen waren, von vornherein bewußt nie so konsequent angewandt. Der Wille, das politische Leben von den Verantwortlichen für Krieg und Terror auf allen Ebenen „zu säubern", war in den Kreisen der Sozialdemokraten dennoch überall vorhanden.

Da die britische Militärregierung vorerst keine Genehmigung zur Gründung von Parteien ausgesprochen hatte, durften

[16] AdsD/S-H 1: Theodor Werners Angaben
[17] Vgl. H. U. Schilf, Der Aufbau der Kieler SPD 1945–1949, in: Wir sind das Bauvolk, S. 37–71
[18] AdsD/S-H 1: Die gescheiterten Verhandlungen zur Gründung einer einheitlichen sozialistischen Arbeiterpartei in Kiel v. 15. 1. 1946
[19] AdsD/S-H 1: „Für ein neues besseres Deutschland!"
[20] A. Kaden, Einheit oder Freiheit, Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964, S. 19
[21] AdsD/S-H 1: Mitteilungen über Organisationsfragen v. 27. 8. 1945
[22] ebda

Versammlungen und Sitzungen nur in privaten Räumen und in kleineren Kreisen stattfinden. Öffentliches Auftreten war nicht gestattet.

Die erste Aufgabe einer Besatzungsmacht: Versorgung der Bevölkerung, „Verwaltung des Mangels". Die zweite zentrale Aufgabe war die *„Re-education"*, also die geistige und politische Umerziehung der Bevölkerung hin zu den demokratischen Prinzipien der westlichen Demokratien. Die Skepsis gegenüber den Deutschen, die mit wenigen Ausnahmen dem Nazi-Regime die Stange gehalten hatte, war groß, und sie schloß auch diejenigen ein, die sich in ihren politischen Äußerungen und ihrem Handeln als die demokratischen Erben Deutschlands anboten – also auch die Sozialdemokraten.

Aber auch die eindeutigen sozialistischen Formen der Sozialdemokratie, von den Kommunisten ganz zu schweigen, waren nicht gerade das, was dem Weltbild der britischen Offiziere und Militärverwaltung entsprach. Allerdings gab es, v. a. nach dem Regierungsantritt der Labour Party in England im Sommer 1945, viele einzelne Belege für eine wohlwollende Haltung der Besatzungsmacht gegenüber den Sozialdemokraten.[23]

Im August 1945 wurde eine erste *„vorläufige Bezirksleitung"* der SPD aufgebaut, die die Neugründung der Partei vorantreiben sollte. Nach den von den Besatzungsbehörden vorgegebenen Rahmenbedingungen mußte sich diese Arbeit aber „nichtöffentlich" abspielen. Zusammenkünfte und Besprechungen im kleineren Kreis waren gestattet. In den ersten vom „Bezirksvorstand" herausgegebenen Mitteilungen wird deutlich, daß die Sozialdemokraten an die Organisation der Weimarer Zeit anknüpfen wollten. So heißt es unter Punkt 12:

„Die Vorbereitungen für die Arbeiterwohlfahrt, die sozialistische Jugend und die Kinderfreunde können . . . gleichfalls in die Hand genommen werden. Wir bitten jedoch, diesen Organisationen noch keinen Namen zu geben und auch noch nicht bei den britischen Behörden anzumelden, weil wir eine einheitliche Regelung für die ganze Provinz anstreben."[24]

Parallel zu diesem ersten Mitteilungsblatt stellte der Vorbereitende Ausschuß der schleswig-holsteinischen SPD am 28. August 1945 einen Antrag auf Zulassung der Partei beim Bezirks-Gouverneur der Britischen Militärregierung.[25] Darin heißt es:

„Die Unterzeichneten beabsichtigen, in allen größeren und mittleren Gemeinden der Provinz Schleswig-Holstein Ortsvereine der Sozialdemokratischen Partei zu gründen. Diese Ortsvereine sollen in sechs Bezirke zusammengefaßt werden, denen jeweils zwei bis drei Stadt- oder Landkreise angehören. Diese 6 Bezirke sollen vereinigt werden zu einem Bezirksverband, der die ganze Provinz umfaßt. Dieser Aufbau der Partei hat sich vor 1933 jahrzehntelang bestens bewährt."[26]

Aus dem Antrag wird auch deutlich, welche Aufgaben die SPD nach Meinung der Antragsteller übernehmen soll:

„Politische Schulung unserer Mitglieder in Mitgliederversammlungen, Sitzungen und Vortragsabenden und Kursen. Schulung aller führenden Mitglieder, die als Vertreter der Arbei-

[23] Vgl. D. Siegfried, Einheitsbestrebungen von Sozialdemokraten und Kommunisten in Schleswig-Holstein 1945/6, Masch., Kiel 1988, S. 3

[24] wie Anm. 13

[25] AdsD/S-H 1: Antrag an den Bezirks-Gouverneur

[26] ebda

terschaft in den zu ernennenden und später zu wählenden Gemeindevertretungen geeignet sind."[27]

Eine besondere Sorge galt dem Nachwuchs, wie aus den „Mitteilungen Nr. 2"[28] zu entnehmen ist:

„Es wird den beiden Generationen, die heute zwischen 45 und 75 Jahre stehen, gelingen, noch einmal eine große Partei auf die Beine zu stellen. Aber die Zukunft der Bewegung und damit die Zukunft Deutschlands hängt davon ab, inwieweit es gelingt, den nachfolgenden Generationen unsere Ideen beizubringen und sie organisatorisch um uns zu sammeln. Es ist darum notwendig, im Gefühl der Verantwortung für diese großen Aufgaben den leistungsfähigen und einsichtigen Teil der Jugend auch gleich für größere Aufgaben heranzuziehen und in seinen besten Vertretern auch öffentlich verantwortlich herauszustellen. Wir müssen jeden jungen Menschen von Kraft und Einsicht in die ersten Reihen der Kämpfenden stellen, ihm Vertrauen und Anerkennung zollen! Die Gefahr der Überalterung der Partei ist nach den zwölf Jahren der Nazidiktatur und nach den großen Kriegsverlusten unter der jungen Generation besonders groß. Wir müssen sie auf jeden Fall bannen!"[29]

Am 15. September 1945 trat die Verordnung Nr. 12 der Britischen Militärregierung in Kraft. Nach dieser Verordnung konnten nun politische Parteien bis zur Kreisebene gegründet werden. Sofort wies der Bezirksverbandsvorstand die Mitglieder an, auf dieser Grundlage die Partei aufzubauen. Die britische Militärregierung verfuhr jedoch sehr unterschiedlich. Der Kreisverband Stormarn wurde bereits im Oktober genehmigt, der Kreisverband Pinneberg jedoch erst im Januar 1946.[30]

Die Reorganisation war schon vier Monate nach Kriegsende weit fortgeschritten, wie aus einem Schreiben Kuklinskis an Schumacher hervorgeht.[31] So hatte man eine Bezirkseinteilung vorgenommen, die zunächst bis zur geplanten Bezirkskonferenz in Kiel am 20./21. 10. 1945 Bestand haben sollte. Demnach umfaßte der 1. Unterbezirk die Kreise Südtondern, Husum, Eiderstedt, Norderdithmarschen. Leiter: Paul Dölz, Tönning. Der 2. Unterbezirk bestand aus den Kreisen Flensburg, Stadt und Land, Schleswig, Eckernförde. Als vorläufiger Leiter wurde Peter Furcht aus Harriesleefeld eingesetzt. Der 3. Unterbezirk umfaßte die Kreise Plön, Eutin, Oldenburg. Hier war Karl Langebeck aus Kiel der Leiter. Dem 4. Unterbezirk gehörten die Kreise Süderdithmarschen, Pinneberg, Steinburg an. Leiter war hier Erich Arp aus Elmshorn.

Lübeck Stadt, Stormarn und Lauenburg gehörten zum 5. Unterbezirk. Hier gab es noch keine Leitung. Hans Schröder schließlich leitete den 6. Unterbezirk, der aus den Kreisen Kiel, Neumünster, Rendsburg und Segeberg bestand. Die Mitgliederzahlen waren noch nicht bekannt, offenbar lagen sie in einigen Fällen aber sehr hoch. In den drei Westzonen zusammen (incl. Berlin) waren wieder über 630 000 Mitglieder eingeschrieben. Ende 1946 wurde die 700 000-Marke erreicht. Damit war der Mitgliederstand von 1931 bereits überschritten. Direkte oder indirekte Verbindungen des Bezirksvorstandes in Schleswig-Holstein bestanden mit etwa 80 Ortsvereinen.

[27] ebda
[28] AdsD/S-H 1: Mitteilungen über Organisationsfragen Nr. 2 v. 4. 9. 1945
[29] ebda
[30] Glet, a. a. O., S. 264
[31] AdsD/J 9: Brief Kuklinskis an Schumacher v. 28. 9. 45. Die folgenden Angaben beziehen sich darauf.

In der 3. Ausgabe der *„Mitteilungen über Organisationsfragen"* wurde zur ersten Bezirkskonferenz am 20./21. 10. 1945 geladen.[32] Jeder Stadt- und Landkreis sollte zwei Delegierte entsenden.

Streit mit den Lübekkern

Probleme gab es mit Lübeck. So beschwerte sich Kuklinski in einem Schreiben an Schumacher[33], daß die Lübecker zur Konferenz von Wenningsen fünf Delegierte schicken durften. Er äußerte die Befürchtung, daß die Zentrale in Hannover Lübeck als eigenständigen Bezirk ansehen werde.

„Wir wünschen nicht, daß Lübeck aus dem Bezirksverband Schleswig-Holstein ausgeschieden wird. Nachdem unser Bezirk durch die Veränderung der staatlichen Grenzen in der Nazi-Zeit Altona, Wandsbek und die industriellen Randgebiete der Kreise Stormarn und Pinneberg verloren hat, ist die Finanzkraft der Partei außerordentlich geschwächt... Falls Lübeck jetzt auch noch ausscheiden sollte, würde die Gefahr bestehen, daß wir zu einer ordnungsgemäßen Bezirksarbeit überhaupt nicht mehr kommen."[34]

Kuklinski bat Schumacher, auf die Lübecker Sozialdemokraten einzuwirken. Drei Tage später sah Kuklinski seine Befürchtungen durch einen Brief aus Lübeck bestätigt. Am 15. Oktober schrieb er an Schumacher:

„Die Befürchtung, die ich in meinem Brief vom 12. Oktober betr. Selbständigkeitsbestrebungen der Lübecker Genossen ausgesprochen habe, hat sich in einem Brief, den ich heute aus Lübeck erhielt, bestätigt. Der Brief lautet: Eure Mitteilung, Delegierte zum 1. Bezirksparteitag nach Kiel zu benennen, haben wir erhalten. Nach Rücksprache mit unseren führenden Genossen sind wir zu dem Beschluß gekommen, an diesem Bezirksparteitag nicht teilzunehmen. Wir sind der Meinung, daß die bezirkliche Regelung eine Aufgabe späterer Klärung ist. Die Teilnahme an der Reichsparteikonferenz in Hannover hat uns in dieser Ansicht nur bestärkt. Selbstverständlich sehen wir ein, daß eine einheitliche Zusammenfassung der Parteiarbeit unbedingt notwendig ist. Im Augenblick halten wir allerdings die Untermauerung unserer lokalen Parteitätigkeit für wichtiger. Aus diesem Grunde wolltet Ihr auch davon Abstand nehmen, Referenten aus Lübeck zu benennen. Wir werden zur gegebenen Zeit auch unsere endgültige Stellungnahme bekannt geben. Euer angekündigtes Referat über die Frauenfrage bitten wir zu streichen, da auf diesem Gebiet überhaupt noch jede Klärung aussteht. Mit Parteigruß Vorbereitender Ausschuß gez. M. Herrmann."[35]

Offensichtlich auf Intervention Schumachers benannten die Lübecker Otto Passarge als Beobachter. Der Anschluß Lübecks erfolgte erst im März 1946, als klar geworden war, daß der alte Reichstagswahlkreis Lübeck-Mecklenburg nicht wieder entstehen würde.

Am 16. 10. 1945 erfuhr der Bezirksvorstand durch die britische Militärregierung, daß die geplante Bezirkskonferenz nicht genehmigt würde.[36]

[32] AdsD/S-H 1: Mitteilungen über Organisationsfragen Nr. 3 v. 30. 9. 1945
[33] AdsD/J 9: Kuklinski an Schumacher v. 12. 10. 45
[34] ebda
[35] AdsD/J 9: Kuklinski an Schumacher v. 15. 10. 45
[36] AdsD/S-H 1: Brief d. britischen Militärregierung an Th. Werner und W. Kuklinski v. 16. 10. 1945

Dennoch entschloß sich Kuklinski, die Kreisvertreter zu einer persönlichen Besprechung nach Kiel einzuladen.[37] So fand die erste Bezirkskonferenz schließlich am 28. Oktober 1945 unter der Leitung von Theodor Werner statt.[38] Aus den anschließenden Ausführungen Kuklinskis ging hervor, daß sich die schleswig-holsteinische SPD für das Programm Schumachers entschieden hatte. In diesen Ausführungen hob Kuklinski den Anspruch der SPD *„auf Führung in Politik und Staat"* hervor. Seine wichtigste Forderung bestand in der Einrichtung von Spezialausschüssen, die sich der Flüchtlings- und Ernährungsfrage, der Probleme der Agrar- und Siedlungspolitik annehmen sollten.

Der Bezirksvorstand wurde einstimmig mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt. Zusätzlich wurde eine Kontrollkommission gewählt. Mit einer abschließenden Entschließung zum Separatismus in Südschleswig, die sich für die Beibehaltung der Grenze von 1920 aussprach[39], wurde die Konferenz beendet. Der erste Schritt zur Konsolidierung der Partei war damit abgeschlossen.

Im Frühjahr 1946 entstanden die Frauengruppen, die Falken, die Arbeiterwohlfahrt und die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten. Auch die Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung, die der SPD nahestand, konnte wieder erscheinen.

Am 10. März 1946 fand der 1. Parteitag der schleswig-holsteinischen SPD in Neumünster statt. Am Vorabend sprach Kurt Schumacher auf einer Kundgebung. Kuklinski zog eine Bilanz des Parteiaufbaus: Es existierten bereits 315 Ortsvereine mit über 35 000 Mitgliedern. 350 Veranstaltungen hatten stattgefunden. Auch die Finanzen waren in Ordnung. Schwierigkeiten gab es bei der Propagandaarbeit. Sie wurden auf den chronischen Papiermangel zurückgeführt. Die Vorstandswahlen verdeutlichten das Übergewicht der Kieler Sozialdemokraten. Kuklinski wurde 1. Vorsitzender; seine Vertreter waren Karl Albrecht aus Lübeck und Andreas Gayk aus Kiel; Kassierer wurde Theodor Werner aus Kiel. Die Positionen der Beisitzer nahmen Gertrud Völcker, Otto Engel, Karl Ratz (Kiel), Hans Oldorf (Lübeck) und Richard Schenk (Flensburg) mit beratender Stimme ein.[40]

Am 1. Mai 1946 ließ die britische Militärregierung die Partei offiziell zu.

In den nun folgenden zwei Jahren wuchsen die Mitgliederzahl und die Zahl der Ortsvereine der SPD beständig. Der Höchststand wurde im Sommer 1949 mit über 780 Ortsvereinen erreicht.[41] Im Dezember 1947 hatte die Partei über 90 000 Mitglieder. Bis zum 1. 1. 1955 fiel der Mitgliederstand allerdings auf 40 897.[42]

Mehr als 85 Prozent aller im Jahre 1954 bestehenden Ortsvereine konnten an eine Tradition, die auf die Zeit vor 1933 zurückging, anknüpfen.[43] Daß die Altersstruktur der Partei aber auch ein Nachteil war, zeigte Jochen Steffen in seinem Gutachten vom März 1956 am Beispiel des SPD-Kreisvereins Kiel auf.[44]

[37] AdsD/S-H 1: Brief Kuklinskis an die Vorsitzenden der Kreisvereine v. 17. 10. 1945

[38] AdsD/S-H 1: Protokoll der Bezirkskonferenz v. 28. 10. 1945. Die weiteren Angaben beziehen sich auf das Protokoll.

[39] Die Auseinandersetzungen um die „nationale Frage" in der Partei waren damit aber keineswegs beendet. Vgl. den Beitrag von W. L. Christiansen über die SPF (Sozialdemokratische Partei Flensburgs) in diesem Band.

[40] AdsD/S-H 45: Protokoll des Bezirksparteitages in Neumünster v. 10. 3. 1946

[41] H.-J. Varain, Parteien und Verbände, hrsg. v. E. Fraenkel, O. H. von der Gablentz, K. D. Bracher, Köln und Opladen 1964, S. 32

[42] AdsD/S-H 14: Jochen Steffen, Gutachten über die Situation der SPD, Kiel, März 1956

[43] Varain, a. a. O., S. 34

[44] AdsD/S-H 14: Steffen-Gutachten

Altersgliederung des SPD-Kreisvereins Kiel
(Stand 1. 2. 1954)

unter 18	= 1	
18–20 Jahre	= 31	
21–25 Jahre	= 123	= 17,4 %
26–30 Jahre	= 301	
31–40 Jahre	= 1111	
41–50 Jahre	= 2034	= 22,7 %
51–60 Jahre	= 2083	= 59,9 %
61–70 Jahre	= 2070	

Jochen Steffen kommentierte:

„Die Problematik offenbart sich, wenn man die Zahlen der über 70jährigen Mitglieder mit denen zwischen 31 und 40 vergleicht (1235 : 1111). Der geringe Anteil der unter 30jährigen will nicht allzuviel besagen, da dem heutigen Lebensstil entsprechend man generell nicht vor der Verheiratung mit ernsthafter gewerkschaftlicher oder politischer Arbeit rechnen kann. Einen Schluß lassen die Zahlen jedoch zu, daß nämlich unsere Partei in absehbarer Zeit (selbst wenn man mit einer nochmaligen Verstärkung zwischen 41 und 50 rechnet), mindestens ⅓ des jetzigen numerischen Mitgliederbestandes verlieren wird. Das vorliegende Material läßt in seiner Eindeutigkeit diesen Schluß nicht nur zu, sondern drängt ihn auf.“[45]

Die Aufbauphase war mit dem Bezirksparteitag vom März 1946 beendet. Jetzt ging es um den Aufbau einer Massenpartei.

Die Not der Menschen bestimmt die Politik

Die schleswig-holsteinische SPD stand von Beginn an eindeutig in ihrer Mehrheit hinter der politischen Konzeption Schumachers. Dazu gehörten die zentralen politischen Vorstellungen a) eine radikale Verurteilung des Nationalsozialismus, b) die Zurückweisung der „Kollektivschuldthese“, c) uneingeschränktes Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, d) Abgrenzung gegenüber den Kommunisten und e) die Forderung, die Regierungsverantwortung so schnell wie möglich deutschen Instanzen zu übergeben. Die erste Bezirkskonferenz der SPD in Schleswig-Holstein im Oktober 1945 hatte auch den von Schumacher formulierten Anspruch der SPD auf Führung in Politik und Staat übernommen.[46] Diese Grundpositionen steckten zwar die generelle „Linie“ der Arbeit der Partei ab, die konkreten tagespolitischen Aufgaben wurden aber von der Not der Menschen diktiert, von der Notwendigkeit, Maßnahmen gegen Hunger und Wohnungsnot zu organisieren. Auf dem Bezirksparteitag im August 1946 hat Andreas Gayk, Bürgermeister in Kiel, eine Prioritätenliste formuliert:

„Das deutsche Volk will und muß leben! Es hat gar keinen Sinn, ihm in einem Augenblick, wo ihm das Notwendigste fehlt, schöne gesellschaftliche Utopien zu servieren. Es geht um viel einfachere, viel lebenswichtigere Dinge. Sie lauten, in der richtigen Reihenfolge:
erstens: Lebensmittel beschaffen,
zweitens: Kohlen für den Winter beschaffen,

[45] AdsD/S-H 14: S. 9
[46] Glet, a. a. O., S. 268, S. 272

K. Schumacher bei einer Veranstaltung der SPD auf dem Wilhelmplatz in Kiel, zu der ca. 20000 Teilnehmer gekommen waren (Mai 1946). Die SPD in Schleswig-Holstein hatte sich in dieser Zeit bereits für die programmatischen Vorstellungen Schumachers entschieden.

drittens: Kohlen für die Produktion beschaffen, um die wirtschaftliche Lähmung zu beseitigen. Dann erst, viertens: eine echte demokratische Selbstverwaltung aufbauen."[47]

In der schleswig-holsteinischen SPD war die Programmatik weitgehend ausgerichtet auf Bewältigung der dringenden Versorgungsfragen plus Sicherung und Ausbau der wirtschaftlichen Produktion plus Demokratisierung und sozialer Sicherung. Hier waren auch konkrete Erfolge zu erringen. Die Überwindung des Kapitalismus, ein wirklicher Neuanfang, der eine Verstaatlichung der Großindustrie, eine Enteignung des Großgrundbesitzes, eine Mitbestimmung der Arbeiterklasse in allen Bereichen der Wirtschaft bedeutet hätte, war Bestandteil genereller „antikapitalistischer" Forderungen, die die SPD erhob. Sie wurden allmählich von der realen Restauration des Kapitalismus in den Westzonen und der späteren Bundesrepublik kassiert. Programmatik und Politik in Einklang zu bringen, dazu war der schleswig-holsteinischen SPD nur ein Zeitraum von drei Jahren gegeben, in denen sie in diesem Land regierte.

[47] A. Gayk, Sozialismus. Sehnsucht und Ziel aller Schaffenden! Ein offenes Wort an die Wähler. Vortrag gehalten am 3. 8. 1946 in Eutin auf dem Bezirksparteitag der SPD, Bezirk Schleswig-Holstein. Kiel 1946, S. 3

Die erste SPD-Landesregierung: „Ziel unserer Arbeit ist ein wahrhaft demokratisches Deutschland"

„Das Ziel unserer Arbeit ist ein wahrhaft demokratisches Deutschland, das bis zum letzten Bürger in seinem Denken und Handeln durch den Geist der Friedfertigkeit, der Toleranz und freien Menschlichkeit sich leiten läßt."[48] – So schloß am 8. Mai 1947, also auf den Tag genau zwei Jahre nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, der erste frei gewählte Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Hermann Lüdemann, seine Regierungserklärung.

Hunger, Not und Elend waren an der Tagesordnung, als die Sozialdemokraten am 20. April 1947 ihren Wahlsieg errangen. Ein „Schlaraffenland" konnten sie somit nicht zurücklassen, als sie nach drei Jahren – am 9. Juli 1950 – in den zweiten freien Landtagswahlen wieder abgewählt wurden. Wilhelm Käber, damaliger Innenminister, bilanziert die sozialdemokratische Regierungstätigkeit in seinen Erinnerungen so:

„Wir hatten uns in den drei Jahren Mühe gegeben, aber die allgemeine Situation hatte uns nicht begünstigt. Unsere Erfolge bei der Bekämpfung des Flüchtlingselends, der unsere besondere Sorge gegolten hatte, wurden immer wieder dadurch relativiert, daß weitere Vertriebene und entlassene Kriegsgefangene in großer Zahl einströmten, die versorgt werden mußten. Die Entlastung durch die Umsiedlung war viel später als erhofft und recht schleppend abgelaufen, so daß wir nur den Beginn, nicht aber schon deren spürbare Auswirkungen präsentieren konnten."[49]

Tatsächlich, die Zahlen sind deutlich. 1939 hatte Schleswig-Holstein nur 1,5 Millionen Einwohner. Zehn Jahre später waren es 2,7 Millionen. Es war das Land mit dem weitaus höchsten Flüchtlingsanteil. Dennoch, schon Mitte 1948 brauchten nur noch knapp 8 Prozent der 1,2 Millionen Menschen, die aus dem Osten gekommen waren, in Massenquartieren zu hausen. Daß immer mehr kamen, dafür waren die Sozialdemokraten zum Teil jedoch selbst verantwortlich. Sie hatten versprochen, *„Menschlichkeit über die Zuzugsperre"* zu stellen – und sie hielten ihr Versprechen, ließen bei Familienzusammenführungen Liberalität walten: Noch einmal 70 000 legale „Einwanderer" waren die Folge.

[48] Plenarprotokoll der 1. Sitzung des 1. schleswig-holsteinischen Landtags
[49] F. Lubowitz, Wilhelm Käber. Regierung und Opposition, Kiel 1986, S. 48

Wartende Arbeitslose vor dem Arbeitslosenamt in Itzehoe, 1948

Kundgebung gegen die Sprengung von Anlagen der Torpedoversuchsanstalt in Eckernförde, 1946. Die Demonstranten sprachen sich für eine Umstellung der Produktion für friedliche Zwecke aus.

Arbeitsplätze waren nicht nur durch den Krieg zerstört. Die Briten, immer noch Besatzungsmacht, demontierten und zerstörten Produktionsanlagen, an denen Kriegsmaterial hergestellt worden war, zum Beispiel die Torpedoversuchsanstalt Surendorf oder die Kieler Holm AG (heute MaK). Die Sozialdemokraten traten natürlich ebenso wie die Briten gegen die Rüstungsproduktion von einst an, protestierten aber auch gegen das Demontageprogramm. Sie forderten eine großindustrielle Friedensproduktion und mobilisierten dafür Massen. Doch die Besatzungsmacht ließ sich nicht erweichen. Trotzdem entstanden bis zum Sommer 1949 fast 200 000 neue Arbeitsplätze. Der Wirtschaftsaufschwung deutete sich bereits an. Vor allem die Bauindustrie florierte.

35 000 öffentlich bezuschußte Wohnungen ließ die Landesregierung bauen. Auch Konservative bezweifelten später nicht die Verdienste der Sozialdemokraten um den Wiederaufbau und die Beseitigung der größten Not. Für diese Leistungen steht besonders der Name Andreas Gayk.

Der legendäre Andreas Gayk

Gayk wurde jedoch nicht nur durch seine Tätigkeit als Kieler Oberbürgermeister zur Legende. Er war der ungekrönte König der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie, nichts lief ohne ihn. Damals nahm man an Ämterhäufung keinen Anstoß, jedenfalls in seinem Fall nicht: Andreas Gayk war nicht nur Oberbürgermeister, sondern auch Fraktionsvorsitzender im Landtag und später Parteivorsitzender. Welche Macht Gayk ausübte, kennzeichnet Wilhelm Käber in seinen Erinnerungen so:

„Bruno Diekmann übernahm den Fraktionsvorsitz von Andreas Gayk (nach der verlorenen Wahl im Jahre 1950); das ging ganz reibungslos vor sich. Gayk wußte, wo und wie er Bruno Diekmann einsetzen konnte . . .“[50]

Das hatte sich auch schon früher bewahrheitet.

Nach zwei Jahren Amtszeit nämlich trat der erste sozialdemokratische Ministerpräsident Hermann Lüdemann zurück. Er war über dem Möwenhaus-Skandal ins Stolpern gekommen. Bei dem Ausbau des Gästehauses der Landesregierung stiegen die Kosten auf fast das Doppelte. Mit der Bauleitpla-

[50] Ebd. S. 51

nung war ausgerechnet ein Schwiegersohn des Ministerpräsidenten beauftragt. Gayk hatte jedoch ohnehin schon lange Lüdemanns Stellvertreter, Bruno Diekmann, für das höchste Amt im Lande favorisiert. Dem ersten Ministerpräsidenten sagte der Flügel um den Kieler Oberbürgermeister Schlimmes nach: Schlampigkeit, „Überschnappen" und sogar „Weibergeschichten". Diekmann hingegen bescheinigten die Lüdemann-Opponenten Fleiß und Solidität, vor allem aber, daß er das Vertrauen der Arbeiter genieße.

Ebenfalls Gayk war es, der die Drähte zog, als im Februar 1948 der Landwirtschaftsminister Erich Arp aus angeblich „gesundheitlichen" Gründen das Kabinett verließ. Tatsächlich ging Arp nicht ganz freiwillig. In Mecklenburg hatte er sich vor Ort Kenntnisse über die Kollektivierung verschafft und liebäugelte seitdem mit ihr. Dies erweckte in einer Zeit, als der Kalte Krieg schon eingeläutet wurde, auch den Argwohn vieler Sozialdemokraten. Arp saß später als parteiloser Abgeordneter im Parlament. Von seinen Zielen hat er sich nicht abbringen lassen.

A. Gayk bei einer Rede im noch zerstörten Kieler Rathaus, 1946 (Foto: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn)

[51] Plenarprotokoll der 25. Sitzung des 1. schleswig-holsteinischen Landtags

Ein ähnliches Schicksal widerfuhr dem Finanzminister im Kabinett Lüdemann, Dr. Richard Schenk. Ihn berücksichtigten die Genossen als einzigen bei der Regierungsumbildung am 29. August 1949 nicht. Der Grund: Schenk, der aus Flensburg stammte, hatte den neuen Kurs des Kieler Oberbürgermeisters gegenüber der separatistischen dänisch-gesinnten Bewegung in Südschleswig nicht mitmachen wollen. Gayk wollte jetzt nämlich die Befriedung des Grenzlandes.

Die Sozialdemokraten waren auch zu einseitigen Vorleistungen bereit: Noch im Jahre 1949 wurde die *„Kieler Erklärung"* verabschiedet, deren Kernsatz lautete: *„Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden."*[51] Kurze Zeit später zogen die Dänen nach und verbrieften die Rechte der deutschen Minderheit in Nordschleswig.

Die Reformen

Aber die Sozialdemokraten hangelten nicht nur zwischen Wiederaufbau und internen Machtkämpfen. Die *„Kieler Erklärung"* ist ein Beispiel für die Reformen, die sie vollbrachten. Allerdings blieb einiges auf halbem Wege stecken beziehungsweise verlief sich im Sande. In seiner Regierungserklärung hatte Lüdemann verkündet, daß die

„Wähler ein eindeutiges Bekenntnis abgelegt (haben) gegen den Ungeist der Macht- und Gewaltanbetung, gegen kapitalistische Ausbeutung, gegen die zerstörenden Mächte der Vergangenheit und die freiheitsfeindlichen Kräfte von heute; für die Neuordnung unseres staatlichen, wirtschaftlichen und geistigen

Drei wichtige sozialdemokratische Politiker der Nachkriegszeit: Hermann Lüdemann (links), erster sozialdemokratischer Ministerpräsident von 1947–49, Bruno Diekmann, Nachfolger von Lüdemann von 1949–50, und Wilhelm Käber (rechts), Innenminister von 1947–50. Käber war von 1953–66 auch Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag.

Lebens aus der Gesinnung des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus."[52]

Der ließ jedoch auf sich warten, jedenfalls auf wirtschaftlichem Gebiet. Das Gesetz zur Sozialisierung der Großindustrie wurde zwar beschlossen, trat jedoch nie in Kraft.

Auch die Boden-Reform war nur eine halbe. Die Sozialdemokraten wollten Neusiedlerstellen in der Landwirtschaft schaffen. Aus diesem Grunde sollten Betriebe mit mehr als 100 Hektar Wirtschaftsfläche *„unter gerechter Entschädigung"* alles abgeben, was darüber lag. Die Konservativen sahen darin einen *„Ansturm der Linken gegen die letzten Pfeiler des Privateigentums"* und den Weg zu *„Kollektivismus und Kolchosenwirtschaft"*. Die Reform endete in einem Kompromiß: Dieses Gesetz trat zwar in Kraft, wurde aber auch nicht angewandt. Die betroffenen Großgrundbesitzer hatten freiwillig ein Abkommen unterzeichnet, mit dem sie 30 000 Hektar (30 Prozent) der Fläche abtraten, die ihnen sonst genommen worden wäre.

Hartnäckiger verfolgten die Sozialdemokraten die Schulreform: Das Schulgeld schafften sie ab, Lernmittelfreiheit und die sechsjährige Grundschule wurden eingeführt. Die Genossen von damals wollten die Klassenschranken im Bildungssystem aufheben.

Die Abgeordnete Dr. Elly Linden begründete das Gesetz vor seiner Verabschiedung am 5. März 1948 so:

„Es ist nicht nur eine pädagogische Veränderung, sondern eine soziale Revolution. Wir wollen gesundes, frisches Blut in diesen kranken Volkskörper hineinführen und nicht abwarten, bis die kranken Säfte so weit um sich gegriffen haben, bis nichts mehr zu ändern ist."[53]

Dies ließen sich die Sozialdemokraten etwas kosten. Noch 1948 gaben sie für die Reform 14 Millionen Reichsmark aus – trotz katastrophaler Finanzlage. Überhaupt wurde damals viel Wert auf Bildung gelegt. Während noch im Jahre des Regierungsantritts der Sozialdemokratie ein Lehrer 88 Schüler unterrichten mußte, waren es 1950 nur noch 54.

[52] Plenarprotokoll der 1. Sitzung des 1. schleswig-holsteinischen Landtags

[53] Plenarprotokoll des 2. Sitzungstages der 9. Sitzung des 1. schleswig-holsteinischen Landtags

Währungsreform 1948: Auszahlung der neuen Währung „Deutsche Mark" in Itzehoe.
Die Währungsreform ließ den Besitz von Produktions- und Grundvermögen weitgehend unangetastet. Sparguthaben wurden aber 1948, als jeder Bewohner der westlichen Besatzungszonen zunächst 40 Deutsche Mark im Austausch für die Reichsmark erhielt, entwertet. So stand soziale Ungleichheit am Anfang des Aufbaus des neuen Staates, der 1949 Bundesrepublik benannt werden sollte (Foto: Stadtarchiv Itzehoe)

Nur weniges war von Dauer

Bodenreform und Schulreform hatten keinen Bestand. Als die Konservativen 1950 an die Regierung kamen, hoben sie beide Gesetze auf und strichen die entsprechenden Paragraphen aus der Landessatzung. Mit der Landessatzung aber – der Verfassung Schleswig-Holsteins –, die am 13. Dezember 1949 verabschiedet wurde, hinterließen die Sozialdemokraten Spuren. Sie ist in ihren wesentlichen Punkten noch heute gültig. Ministerpräsident Bruno Diekmann im Rückblick:

„Wir gingen daran, eine echte Selbstverwaltung zu schaffen. Ich möchte es so ausdrücken: Die Behörden haben die Pflicht, für die Bürger die Türen offenzuhalten; die Bürger haben das Recht, ihre Türen gegenüber den Behörden zu schließen."

All dies wurde den Sozialdemokraten nicht gedankt. Für die Flüchtlinge hatten sie sich eingesetzt. Die Flüchtlinge wählten sie ab. Am 9. Juli 1950 bekam der „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) 23,4 Prozent der Stimmen – und koalierte mit dem konservativen Block, dessen stärkste Partei die CDU war. Bruno Diekmann hatte sich zwar auch um Gespräche mit dem BHE bemüht. Doch die SPD-Fraktion war mehrheitlich der Meinung, sie könne in der Opposition besser ihre Vorstellungen vertreten. Die Gräben waren wohl auch ohnehin zu tief: Die BHE forderte nämlich von den Sozialdemokraten, daß sie nationalsozialistische Verbrechen nicht mehr strafrechtlich verfolgen würden. Nutznießer sollte unter anderem der spätere Sozialminister Hans-Adolf Asbach sein, gegen den 1969 wegen *„Mordes an Juden im polnischen Bereich"* ermittelt wurde. Angeklagt wurde er nie.

Als sechs Wochen nach der Wahl BHE und Wahlblock ein gemeinsames Kabinett bildeten, war die konservative Herrschaft in Schleswig-Holstein für Jahrzehnte besiegelt.

Optimistisch, was die Zukunft angeht? – Bauarbeiter, Mitte der 50er Jahre. Sie präsentieren sich dem Fotografen auf wohlgeordnete Weise, denn die Unterschiede zwischen ihnen sind deutlich bemerkbar: Ein Meister mit Taschenuhr, Gesellen und schließlich rechts der Lehrling (halbrechts mit Schlips: ein Portier).